

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 88 (1994)
Heft: 11

Artikel: Fremdenfeindlichkeit : einfaches Weltbild in der sozialen Krise
Autor: Batzli, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143866>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fremdenfeindlichkeit: einfaches Weltbild in der sozialen Krise

Fremdenfeindlichkeit ist hierzulande nicht erst seit der jüngsten Debatte um das «Antirassismugesetz» ein Thema. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt immer wiederkehrende xenophobe Wellen, zwischen denen durchaus Parallelen bestehen. Ihnen allen liegt eine ähnliche, wenn nicht sogar identische Sozialstruktur zugrunde, die in den Sozialwissenschaften mit dem Begriff «Anomie» (kollektive Unordnung und Regellosigkeit) bezeichnet wird. Interessant daran ist die Tatsache, dass Anomie sowohl während einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur als auch während einer Rezession auftreten kann. Wer heute also meint, er könne es sich mit der Begründung für die wieder aufflammende Fremdenfeindlichkeit leicht machen, indem er auf die rezessive Wirtschaftssituation oder auf die hohe Arbeitslosigkeit verweist, muss sich gerade bei einer sozial- und wirtschaftshistorischen Analyse eines Besseren belehren lassen. St.B.

Anomie: beschleunigter sozialer Wandel schafft Konflikte

Gesellschaften und mithin auch einzelne Gruppen sind in ihrer Entwicklung einem Prozess des sozialen Wandels unterworfen. Sozialer Wandel ist für die betroffene Bevölkerung solange erträglich, als *Deutungsmuster* existieren, die es ihr erlauben, die veränderte Wirklichkeit immer wieder von neuem sinnvoll zu interpretieren. Wird der soziale Wandel beschleunigt und fehlt es an Pufferstrategien, die diese Veränderungen mental abfedern und in ein neues sinnvolles Ganzes einordnen, besteht die ernsthafte Gefahr erhöhter *sozialer Spannungen*. Dieser Zustand der ungleichen Entwicklung zwischen struktureller und mentaler Wirklichkeit ist Ursache kollektiver Unordnung und Regellosigkeit, eben von Anomie.

Ungehemmte Modernisierung und ungehemmter Fortschritt können heissen, dass sich die materielle Realität in einer Art verändert, die über die bestehenden Deutungsmuster nicht länger nachvollziehbar interpretiert werden kann. Zielgerichtetes Handeln wird so für die einzelnen wie für die Gruppe mehr und mehr unmöglich. Folge davon sind allgemeine *Orientie-*

rungslosigkeit und Verhaltensunsicherheit. Die soziale Konfliktintensität nimmt zu. Auf der strukturellen Ebene lässt sie sich in der schärferen Form der Auseinandersetzung um Macht und Positionen nachweisen, auf der mentalen Ebene am neu entflammten Wettstreit unter verschiedenen Gruppen um eine verbindliche Neuinterpretation der Wirklichkeit.

Angesichts dieses Modells der Anomie ergeben sich für unsere Problematik verschiedene *Fragen*: Welcher Zusammenhang besteht zwischen wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Stabilität sowie zwischen sozialer Stabilität und kollektiver Identität? Welche Funktion spielt das «Fremde» im Prozess der kollektiven Identitätsbildung? Signalisiert xenophobes Verhalten nicht einen Mangel an gesellschaftlicher Stabilität und damit auch an Identität? Am Beispiel der *Überfremdungsbewegung der sechziger und siebziger Jahre* soll diesen Fragen nachgegangen werden.

Nachkriegszeit: stürmische Modernisierung

Ab 1948 bis zur Erdölkrise Mitte der siebziger Jahre erlebte die schweizerische Wirtschaft eine stürmisch expansive Ent-

wicklung. Ungeahnte Boom-Jahre bescherten nicht nur den Unternehmern, sondern auch einer breiten Bevölkerung Reichtum und Wohlstand. Aufbauend auf einem intakten Produktionsapparat und grossen Kapitalreserven konnte die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem *internationalen Weltmarkt* erneut rasch Fuss fassen.

Innenpolitisch wurde mit der Annahme der Wirtschaftsartikel am 6. Juni 1947 und mit dem Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit ein neoliberales Modell der sozialen Marktwirtschaft geschaffen. Dank dem Zuzug *billiger Arbeitskräfte* aus dem Ausland und dank einer Überbewertung des Schweizerfrankens hatte sich die Wirtschaft auf ein *Breitenwachstum mit geringer Produktivitätssteigerung* ausgerichtet – eine Entwicklung übrigens, die sich während der 75/76er Rezession bitter rächte. Trotzdem, die drei Jahrzehnte nach dem Krieg galten als Zeit der Hochkonjunktur: Kühlschränke, TV und Auto hielten Einzug in fast allen Haushalten.

Der materielle Fortschritt lief parallel zu einem Prozess der *Homogenisierung der Denk- und Verhaltensmuster* breiter Bevölkerungskreise. Die Schweiz nach 1948 war eine konsensual geeinte Nation. Die in der «Ländi» von 1939 idealisierte Form der Schweiz schwebte als Leitbild vor. Bedrohung und Isolation während dem Zweiten Weltkrieg führten innenpolitisch zu einem Zusammenrücken. An die Stelle des alten Konfrontationskurses, wie er nach dem Ersten Weltkrieg zwischen der organisierten Arbeiterbewegung und dem Bürgertum ausbrach, trat nun die gegenseitige Verständigung. Die Arbeiterbewegung wurde mit dem *Friedensabkommen* zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeberverband vom 19. Juli 1937 und mit der Wahl eines ersten sozialdemokratischen Bundesrats 1943 in den schweizerischen Staat integriert. Ein Blick auf die Streikbewegung in der Schweiz ab 1945 bestätigt diese Entwicklung: Die Anzahl der durchgeführten Streiks sank nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Rezession in den siebziger Jahren auf nahezu Null.

Auf der Grundlage der Konkordanz- und Konsensdemokratie entwickelte sich eine homogene politische Kultur, die dank der Vergrösserung des Volkswohlstandes und dem Ausbau der sozialen Sicherheit die Klassengrenzen überwinden half. Der alte Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wurde durch das Verhandeln über die Verteilung des steigenden Volkseinkommens abgelöst. An Stelle des Klassenkampfes trat, wie Erich Gruner es formulierte, «*Konsumfreiheit*» und «*Partnerschaft*». Die Suche nach dem Kompromiss, nach dem grössten gemeinsamen Nenner, entwickelte sich in den ersten Jahren der Nachkriegszeit zu einem entscheidenden Bestandteil des helvetischen Selbstverständnisses. Das Suchen und Finden einer Konfliktlösung am Verhandlungstisch war weitherum als politische Handlungsmaxime akzeptiert und galt als breit abgestütztes Orientierungsmuster.

Antikommunismus: verstärkte Integration nach innen

Dieses homogene Selbstverständnis ist nur die eine Seite der «Identitätsmedaille». Identität bedingt immer auch ein *Fremdbild* im Sinne einer klaren Negation des eigenen Selbstverständnisses. Seit der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1948 und später vor allem mit dem Ungarnaufstand 1956 wurde das alte «Feindbild» Faschismus durch einen zeitweise aggressiven Antikommunismus ersetzt. Die im Zweiten Weltkrieg eingeübten defensiven Denk- und Verhaltensnormen wurden reaktiviert. Jede innen- und aussenpolitische Handlung und Aussage wurde auf dem Hintergrund der alles dominierenden Prämisse der Zweiteilung der Welt in Gut und Böse bewertet. Diese aggressive Abgrenzung gegen aussen war es, die dem Prozess der verstärkten Integration nach innen erst die Krone aufsetzte.

Nichts wirkt so integrierend wie ein *gemeinsamer Feind*. Der gesellschaftlich geächtete «Rote» half innenpolitische Gegensätze neutralisieren. Jeder Hauch von Nonkonformismus und jeder Ansatz zur Systemkritik wurde über das stigmatisierte

Feindbild «Kommunismus» diskreditiert. Einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen, politischen und ökologischen Defiziten der Modernisierung wurde so elegant aus dem Weg gegangen.

Antikommunismus, kompromissorientiertes Konfliktregelungsmuster, die Überwindung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit und ein tiefverwurzeltes Neutralitätsempfinden bildeten ein Weltbild, das von einer breiten Bevölkerung getragen wurde. Es sorgte für *kollektive Orientierung*. Den Schweizerinnen und Schweizern wurde damit ein Instrument in die Hände gelegt, mit dem sie ihre Alltagswelt zufriedenstellend interpretieren konnten.

Soziale Instabilität als Folge ungehemmten wirtschaftlichen Wachstums

Dass wirtschaftliche Prosperität und Wohlstandsvermehrung allein kein Garant für soziale Stabilität sind, zeigte sich in den sechziger Jahren aber immer deutlicher. Im Schatten des wirtschaftlichen Wachstums nahmen die *nichtbeabsichtigten Nebenfolgen* zu, die ein übergeordnetes und bis anhin «dominantes Weltbild» zu destabilisieren begannen. Die handlungsanleitende Kraft des übergeordneten Deutungsmusters ging zunehmend verloren, weil die materielle Realität sich den Interpretationsvorstellungen der Bevölkerung entzog.

Die plötzlich wahrnehmbaren *Schattenseiten der Konsumgesellschaft* führten zu Verunsicherung. Die erhöhte geistige und geographische Mobilität der Gesellschaftsmitglieder löste traditionale soziale Beziehungsnetze auf. Damit in Verbindung geriet das bis anhin gültige Rollenmuster zum Beispiel zwischen Mann und Frau ins Wanken. Aber auch das starke Städtewachstum, die Schaffung neuer Produktionsstätten und die damit einhergehende Auf- und Abwertung von Berufspositionen, die zunehmende Binnenwanderung, die stetig steigenden Zahlen ausländischer Arbeitskräfte sowie das erhöhte Verkehrsaufkommen und die zunehmende Umweltverschmutzung stellten die unwiderspro-

chenen, der Wachstumsideologie verpflichteten Handlungsmaximen und Leitwerte ernsthaft in Frage.

Neue Protestbewegungen entstanden, die diese Defizite thematisierten und gegen den herrschenden Konformismus aufbegehrten. Der Einfluss politischer und gesellschaftlicher Oppositionsbewegungen nahm zu. Die Friedensbewegung, die Antiatombewegung, die Frauenbewegung, die Umweltbewegung etc. sind Ausdruck dieses Umbruchs.

Krisenphasen: Zerfall dominanter Deutungsmuster

Die Ausrichtung der historischen Entwicklung erstaunt nicht. Gemäss der Theorie der beiden Zürcher Soziologen *Gaetano Romano* und *Kurt Imhof* sind Krisenphasen immer gekennzeichnet durch *zwei gegenläufige Entwicklungen*: Einerseits sind sie geprägt durch den Zerfall eines dominanten Deutungsmusters, andererseits durch die Expansion der Weltbilder «autonomer Öffentlichkeiten», wobei darunter soziale, politische oder religiöse Subkulturen zu verstehen sind, die sich dem konformistischen Zeitgeist immer wieder von neuem entziehen können und eigenständige Deutungsmuster aufbauen und pflegen. Im Wettbewerb mit den Weltbildern dieser Subkulturen verliert das traditionelle Normen- und Wertesystem für Teile einer Gesellschaft an Verbindlichkeit und wird in Frage gestellt.

Angestammte Institutionen verlieren an Autorität und bis anhin verlässliche Statusmassstäbe an Orientierungskraft. Die *Lebenswelt jedes einzelnen*, die als Reservoir der kulturellen Deutungsmuster, der sozialen Verlässlichkeit und der individuellen Gewissheiten und Fertigkeiten zur Bewältigung des Alltags von entscheidender Bedeutung ist, wird im Zuge des raschen Wandels *Erosionserscheinungen* ausgesetzt und verliert dadurch an handlungsanleitender Wirkung. Den Individuen ist plötzlich nicht mehr klar, was wahr und was unwahr, was richtig und was falsch, was gut und was böse ist. Die soziale Integration bricht auf, und bis anhin gültige Verhaltens-

normen und persönliche Kompetenzen beginnen zu zerfallen. Durch das Bewusstsein für die Zerbrechlichkeit einer einst fraglosen Lebenswelt wird der dominierende Grundkonsens über Gegenwartsinterpretationen wie Zukunftsperspektiven erschüttert. Der Grad der gesellschaftlichen Konfliktintensität nimmt zu.

Dieser Zustand des strukturellen und normativen Zerfalls ist seit *Emile Durkheim* unter dem Begriff der «Anomie» geläufig. Seine im ausgehenden letzten Jahrhundert publizierte Studie über den Zusammenhang zwischen Anomie und Selbstmordhäufigkeit hat bis heute nichts an Aktualität eingebüsst. Gemäss Durkheim kann zwischen Selbstmordhäufigkeit und kollektiver Instabilität ein innerer Zusammenhang festgestellt werden.

Bezeichnenderweise hat sich die durchschnittliche *Selbstmordrate* beispielsweise im Kanton Solothurn zwischen 1950 und 1970 nahezu vervierfacht. Wo die Gesellschaft nicht in der Lage ist, Ordnung zu setzen, das heisst Klarheiten zu schaffen, wo die Individuen ihr Handeln nicht länger an verbindlichen Normen orientieren können, macht sich eine Sinnlosigkeit breit, die die Menschen in den Selbstmord treiben kann. Ein aktuelles Beispiel dazu liefert das Gebiet der ehemaligen DDR, wo nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems die Suizidrate sprunghaft angestiegen ist.

Wo Anomie diagnostizierbar ist, erhöht sich die Attraktivität geschlossener Deutungsmuster. Soziale Krisen präsentieren sich dem Individuum als Notlage, aus der es sich möglichst rasch zu befreien versucht. Politisch hat in Zeiten anomischer Spannungen diejenige Lebensweltstrategie am meisten Erfolg, die *komplexitätsreduzierende Weltbilder* anzubieten versteht, die für die verunsicherten Gesellschaftsmitglieder Orientierungshilfe leisten kann und die in leicht nachvollziehbarer Weise Wege aufzeigt, welche aus der Krise führen sollen. Oder wie es *Hanspeter Kriesi* auf den Punkt bringt: «Das Ende der grossen Ideologien ist die Chance für die *terribles simplificateurs* der Fremdenfeindlichkeit.»

Überfremdungsbewegung und Schwarzenbach-Initiative

Seit Einführung des «Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer» 1934 wurde der Ausländerproblematik mit dem sogenannten *Rotationsmodell* begegnet. Dahinter verbarg sich die Idee der Gleichgewichtstheorie, derzufolge bei Arbeitskräftemangel ausländische Arbeitskräfte importiert, bei Arbeitskräfteüberschuss exportiert würden. Die Fremdarbeiter dienten als *Konjunkturpuffer*, als beliebige Manövriermasse, die den ökonomischen Gesetzen von Angebot und Nachfrage entsprechend verschoben werden konnten. Die schweizerische Volkswirtschaft profitierte von diesem Modell und prosperierte dank dem Einsatz von ausländischen Arbeitskräften. Die Unternehmer konnten Jahr für Jahr satte Gewinne erwirtschaften und die schweizerischen Beschäftigten auf Kosten der Fremdarbeiter und Fremdarbeiterinnen in ihrer beruflichen Karriere aufsteigen. Aus verschiedenen Gründen scheiterte aber diese nachfrageorientierte Rekrutierungspolitik.

Das *Abkommen zwischen der Schweiz und Italien* von 1964/65, das insbesondere den Familiennachzug der italienischen Fremdarbeiter regelte, löste in der Deutschschweiz eine erste fremdenfeindliche Welle aus. Stellungnahmen wurden abgegeben, Kundgebungen organisiert, Parlamentsmitglieder und Presseredaktionen mit Leserbriefen überschwemmt. Das «Italienerabkommen» blieb über Wochen hin Tagesgespräch. Eine erste Petition der Nationalen Aktion mit 38 000 Unterschriften, sowie die Volksinitiative der Demokratischen Partei des Kantons Zürich, die zum Ziel hatte, die ausländische Wohnbevölkerung auf einen Zehntel der Gesamtbevölkerung abzubauen, waren die Folgen.

Der Bundesrat reagierte auf Drängen des Parlaments mit der Einführung der bis heute geltenden *Kontingentierungspolitik*. Nach dem «Italienerabkommen» schaffte die Überfremdungsbewegung den nationalen Durchbruch und mit James Schwarzenbach 1967 den Sprung in den Nationalrat. Der

äusserst unpopuläre Entscheid der Demokratischen Partei, ihre Initiative trotz genteiliger Empfehlung des Parteitags zurückzuziehen, bewog James Schwarzenbach dazu, im Frühjahr 1968 ein zweites Volksbegehren zu lancieren, das 1969 mit 70 000 Unterschriften eingereicht wurde.

7. Juni 1970: Trotz der quasi einstimmigen Nein-Parole des gesamten Polit- und Wirtschaftsestablishments wird die *Zweite Überfremdungsinitiative* mit 46 Prozent Ja zu 54 Prozent Nein und bei einer historisch hohen Stimmbeteiligung von 74,7 Prozent nur äusserst knapp abgelehnt. Die helvetische Elite ist geschockt!

Modernisierungskrise und Fremdenfeindlichkeit

Dass zwischen Xenophobie und Modernisierungskrise ein enger Zusammenhang bestehen könnte, bemerkten bereits Zeitgenossen. *Oskar Reck* schrieb 1969: «Der Bestand an Ausländern gewann vielmehr in der gegenwärtigen Lage, die auch in der Schweiz durch politische Wachstumsnöte gekennzeichnet ist, nur seine besondere Bedeutung. Wenn die Zweifel sich der derzeitigen föderalistischen Praxis, des gegenwärtigen Zustandes der direkten Demokratie und der Führung der Aussenpolitik bemächtigen, wenn – von der Kirche bis zur Armee – noch vor kurzem gesicherte Vorstellungen ins Wanken geraten, wenn, allgemein ausgedrückt, erklärte Grundwerte fragwürdig werden, dann liegt die Versuchung nahe, überall fremde Zersetzung zu argwöhnen, das Fremde zum schlechthin Feindlichen und Minderwertigen zu deklarieren und die anwesenden Ausländer als die Verkörperung dessen zu sehen, was hiesige Eigenart bedroht und am Ende zerstört.»

Die gesamte schweizerische Führungsschicht büsste in den sechziger Jahren an Integrationskraft ein und ging ihrer wichtigsten Aufgabe, der Vermittlung von Orientierung, zusehends verlustig. Aus den zahlreichen Leserbriefen spricht ein grosses Missbehagen gegenüber der politischen Elite und den Arbeitgebern. Man sprach vom «*helvetischen Malaise*» und fühlte sich

angesichts der rasanten Veränderungen überfordert. Ein Leserbriefschreiber berichtete enttäuscht, dass «an der Schwelle zu einer neuen Epoche» man die Richtung nicht kenne, in der «marschiert» werden sollte.

Indem die Überfremdungsbewegung die Ursachen des helvetischen Unbehagens auf die Anwesenheit der Ausländer reduzierte, verstand sie ein *einfaches und bequemes Weltbild* aufzubauen, das der Bevölkerung als Instrument bei der Bewältigung der krisengeschüttelten Alltagsrealität hilfreich zur Seite stand. Ihr Programm richtete sich gegen den Modernismus, der durch Industrialisierung und Urbanisierung die schweizerische Heimat bedrohte und mit «fremden Elementen» überschwemmte. Man pflegte eine rückwärtsgewandte, konservative und patriotische, zuweilen sogar chauvinistische Ideologie. Man richtete sich gegen die Wachstumseuphorie und den ungebändigten Fortschrittsglauben. An seine Stelle setzte man den Traum von den «guten alten Zeiten». Man beklagte den Verlust vergangener Harmonie und beschwörte gleichzeitig ein nostalgisches Geschichtsbewusstsein: «Ein JA zur Initiative ist ein JA zur Heimatliebe und Schollentreue.»

Neben ihrem «Heidi-Geschichtsbewusstsein» und ihrem starken Antimodernismus verfieng besonders die *Sündenbocktheorie*: Schuld am Malaise der Gegenwart waren die vielen Ausländer und Ausländerinnen. Mit der Ausweisung von 300 000 Fremden zeigte die Überfremdungsbewegung in frappierender Einfachheit «die prinzipielle Lösbarkeit der Krise» auf. Die Komplexität der gesellschaftlichen Krise wurde auf ein paar wenige Thesen reduziert. Über die Stigmatisierung des Fremden zum Sündenbock, versetzt mit einem nostalgischen Geschichtsbewusstsein, das eine harmonische Vergangenheit beschwor, wurden der Schweizerbevölkerung zur Behandlung ihres zerrütteten Selbstverständnisses heilsame Medikamente angeboten. Man kehrte der traditionellen Elite, dem Hausarzt quasi, den Rücken zu und sah sich um nach einer Alternative. Die Überfremdungsbewegung war eine.